

Z03 Stationäre Kinder- und Jugendhilfe in NRW zukunftssicher aufstellen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 11.04.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext

1 Stationäre Kinder- und Jugendhilfe in NRW 2 zukunftssicher aufstellen

3 Die stationäre Kinder- und Jugendhilfe spielt eine entscheidende Rolle bei der
4 Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen nicht
5 in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können. Diese Kinder und Jugendlichen
6 brauchen ein Umfeld und bestmögliche Bedingungen, um Erfahrungen zu verarbeiten,
7 Ressourcen zu entwickeln und Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. In den letzten
8 Jahren war die stationäre Kinder- und Jugendhilfe als Lebens- und Lernfeld sowie
9 als Arbeitsfeld besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Kommunale Jugendämter
10 sind überlastet und es ist eine tägliche Herausforderung, den Kinder- und
11 Jugendschutz zu jeder Zeit und flächendeckend sicherzustellen.

12 Für Kinder und Jugendliche, die aus ihren familiären Strukturen herausgenommen
13 werden müssen oder wenn sie sich eine andere Unterbringung wünschen, ist oft
14 keine wohnortnahe Unterbringung möglich. In wenigen Fällen ist eine weitere
15 Entfernung vom Wohnort zum Wohl der Jugendlichen und Kinder sinnvoll. In den
16 meisten Fällen ist es sinnvoll, wenn junge Menschen Bezüge zu ihrem sozialen
17 Umfeld in der Schule, mit Freund*innen und in Vereinen aufrechterhalten können.
18 Wenn es keine verfügbaren Plätze gibt, werden Unterbringungsmöglichkeiten im
19 gesamten Bundesgebiet gesucht und angefragt. Das ist ein belastender Aufwand für
20 die Mitarbeitenden im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der kommunalen
21 Jugendämter und eine Ungewissheit für die Kinder und Jugendlichen, die bereits
22 in einer krisenhaften Situation sind. Angebote wie "Die Freiplatzmeldung"
23 sollten besser bekannt gemacht und genutzt werden. Angekommen in den Gruppen
24 führt der steigende Personalmangel immer häufiger dazu, dass Gruppen am
25 Wochenende schließen müssen, und Kinder und Jugendliche kurzzeitig auf andere
26 Gruppen verteilt werden und es zu geplanter Überbelegung kommt. Hier braucht es
27 Antworten!

28 Eine davon ist die Fachkräfteoffensive unserer Ministerin Josefine Paul. Mit
29 „What the Future“ wird in der mehrjährigen Kampagne für Sozial- und
30 Erziehungsberufe geworben. Der erste Schwerpunkt ist die Berufswahlorientierung
31 von jungen Menschen, die für dieses spannende Arbeitsfeld begeistert werden
32 sollen. In den nächsten Schritten geht es auch um Erleichterungen des
33 Quereinstiegs und die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland.

34 Jugendliche und Kinder, die in Jugendhilfeeinrichtungen leben, haben besondere
35 Bedürfnisse. Um den Bedürfnissen dieser vulnerablen Gruppe gerecht zu werden,
36 ist es notwendig, die Rahmenbedingungen und die Qualität der stationären
37 Jugendhilfe zu verbessern, sich den aktuellen Aufgaben zu stellen und diese
38 zukunftssicher aufzustellen.

39 Wir setzen uns für eine zukunftssichere stationäre Kinder- und Jugendhilfe ein,
40 die junge Menschen in herausfordernden Lebenslagen verlässlich begleitet und
41 ihnen echte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Fachkräfte in diesem
42 wichtigen Arbeitsfeld verdienen unsere gesamte Unterstützung und
43 Aufmerksamkeit. Stationäre Jugendhilfe kann nur gemeinsam, ressortübergreifend
44 und im Schulterschluss funktionieren.

45 Deshalb setzen wir uns für auskömmliche Kommunalfinanzen ein. Der öffentliche
46 Träger der Jugendhilfe - das kommunale Jugendamt - muss in jedem Einzelfall die
47 Hilfen zur Verfügung stellen, die die Kinder und Jugendlichen benötigen.

48 1. Zukunft gelingt nur gemeinsam!

49 Die Herausforderungen und Probleme in der stationären Kinder- und Jugendhilfe
50 sind lange gewachsen und geprägt von transgenerationalen Traumatisierungen und
51 Erfahrungen. Wir wollen daher eine interne Arbeitsgruppe von beteiligten
52 Fachkräften, Politiker*innen und Jugendlichen einsetzen, die fachliche
53 Handlungsempfehlungen entwickelt. Hier gilt es nicht nur die Lebens- und
54 Arbeitsbedingungen in den Blick zu nehmen, sondern auch den bürokratischen
55 Aufwand.

56 2. Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus der 57 stationären Jugendhilfe

58 Kinder und Jugendliche müssen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt
59 werden. Unser Ziel ist hier klar: junge Menschen in der stationären Jugendhilfe
60 müssen in ihrer Selbstvertretung gestärkt werden, eine umfassende und inklusive
61 Teilhabe soll ermöglicht werden. Ein wichtiges Gremium dafür ist der
62 Jugendhilfeausschuss auf kommunaler Ebene. Hier gilt es, bestehende
63 Selbstvertretungen von Kindern und Jugendlichen, wie beispielsweise "Jugend
64 vertritt Jugend", in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu verankern. Dort,
65 wo sie bereits existieren, sollen sie weiter gestärkt und alle Voraussetzungen
66 für Teilhabe geschaffen werden. Dafür braucht es finanzielle und personelle
67 Ressourcen, um Vorlagen durchzusprechen, politische Verfahren zu erklären und
68 die Jugendlichen zu unterstützen und zu begleiten. Für uns GRÜNE NRW ist klar,
69 lasst uns miteinander statt übereinander reden und gemeinsam Lösungen
70 entwickeln.

71 3. Mit den Jugendämtern im Schulterschluss

72 Mitarbeitende im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) im Jugendamt tragen eine hohe
73 Verantwortung bei gleichzeitig immer stärker werdender Arbeitsbelastung und
74 Fällen mit multiplen Problemlagen. Hier heißt es: gegensteuern!

75 Wir wollen verstehen, wo Dokumentationspflichten und bürokratische Hürden in der
76 stationären Jugendhilfe reduziert werden können, damit Fachkräfte mehr Zeit für
77 die direkte Arbeit mit jungen Menschen haben. Ziel ist eine unbürokratische,
78 effiziente und zugleich qualitativ hochwertige Jugendhilfe.

79 Mit dem Landeskinderschutzgesetz hat Nordrhein-Westfalen das bundesweit stärkste
80 Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung
81 geschaffen. Mit diesem Gesetz stärken wir insbesondere die Strukturen vor Ort.

82 Durch Qualitätsentwicklungsverfahren und eine Qualitätsberatung werden die
 83 Jugendämter konkret unterstützt. Darüber hinaus stärkt das
 84 Landeskinderschutzgesetz die Kommunen auch finanziell.

85 Den Weg der strukturellen Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe müssen wir
 86 konsequent weitergehen. Gerade bei komplexen Problemlagen braucht es eine klare
 87 Identifikation dieser Fälle und eine Unterstützung der Mitarbeitenden durch
 88 multiprofessionelle Teams (wie z.B. Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen,
 89 erfahrenen Einrichtungsleiter*innen.), vermehrte Supervision und Fortbildung.
 90 Wir GRÜNE NRW stehen dafür ein, die Mehrbelastungen in den Blick zu nehmen und
 91 Grundlagen für Finanzierung und Realisierung zu schaffen. Nur so kann es uns
 92 gelingen, den Kinder- und Jugendschutz weiter professionell sicherzustellen.

93 4. Nachhaltige Übergänge – Careleaver*innen im Fokus

94 Careleaver*innen verlassen als junge Erwachsene die stationäre Kinder- und
 95 Jugendhilfe. Der Start in das eigene Leben ist für viele junge Menschen eine
 96 Herausforderung, für junge Erwachsene aus der stationären Kinder- und
 97 Jugendhilfe darüber hinaus noch mehr. Günstiger Wohnraum ist knapp, finanzielle
 98 Ressourcen und Sicherheiten in ausreichendem Maße nicht aufgebaut, Startkapital
 99 fehlt und die Sicherheit durch Strukturen fällt weg. Für alle jungen Erwachsenen
 100 kann der Start ins eigene Leben scheitern und sie kehren nach Hause zurück.
 101 Scheitert der Start für junge Erwachsene aus der stationären Kinder- und
 102 Jugendhilfe, stehen sie vor großen Herausforderungen. Eine Rückkehr in die
 103 stationäre Jugendhilfe ist grundsätzlich möglich, aber in der Realität aufgrund
 104 mangelnder Plätze und mangelnder Finanzierung oft nicht realisierbar. In
 105 extremen Situationen droht für die jungen Erwachsenen hier Wohnungslosigkeit.
 106 Das verursacht Druck. Hier braucht es Lösungen, genug finanzielle und personelle
 107 Ressourcen für gut begleitete Übergänge und eine gemeinsame Vereinbarung, keinen
 108 jungen Menschen alleine zu lassen. Eine Möglichkeit wären Housing First Angebote
 109 speziell für Heranwachsende. Zukunft kann nur ohne Angst und existenziellem
 110 Druck gestaltet werden.

111 5. Perspektiven öffnen: Mehr Rechte, mehr Chancen

112 Als Grüne setzen wir uns mit voller Überzeugung dafür ein, dass Kinderrechte und
 113 der Schutz von Kindern endlich die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bekommen,
 114 die sie verdienen. Wir begrüßen daher, dass die Schwarz-Grüne Landesregierung
 115 den Einsatz eines unabhängige*n Beauftragte*n für Kinderschutz und Kinderrechte
 116 auf den Weg gebracht hat.

117 Jugendliche und Kinder, die in stationären Jugendhilfeeinrichtungen leben und
 118 die Fachkräfte, die mit ihnen arbeiten, stehen oft im Schatten der öffentlichen
 119 Wahrnehmung. Uns sind sie aber wichtig! Sie sollten unsere Wertschätzung und
 120 Unterstützung erhalten. Wir möchten Kommunen und Träger so ausstatten, dass sie
 121 in hoher fachlicher Qualität, partizipativ und inklusiv arbeiten können.
 122 Bürokratische Hürden möchten wir abbauen und Zugänge erleichtern.

123 Damit das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer an erster Stelle steht.